Dass die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme das Bibliothekswesen in Deutschland tiefgreifend umgestaltet haben, ist bekannt. Dass sie auch die Bibliotheken in den besetzten Gebieten in den Dienst der Propaganda stellten, stand weniger im Fokus der Forschung. Die Nationalbibliothek Luxemburg veranstaltete 2022 eine Tagung, die das Spektrum der nationalsozialistischen Bibliothekspolitik in Europa erstmals vergleichend in den Blick nahm. Als Band 56 der Zeitschrift „Bibliothek und Wissenschaft“ sind die Beiträge jetzt gedruckt publiziert.

Anders als in Belgien und den Niederlanden war das Ziel der deutschen Besatzungspolitik in Luxemburg die „Wiedereindeutschung“ der Bevölkerung. Die Lektüre französischsprachiger Schriften wurde generell verboten. Zwar wurde das Großherzogtum nicht in völkerrechtlichem Sinne annektiert, aber de facto war es seit Mai 1940 Teil des Deutschen Reiches. Die bedeutendste Bibliothek im neu gebildeten Gau Moselland mit der Hauptstadt Koblenz war die Landesbibliothek Luxemburg. Ihre Stellung wurde durch die Integration weiterer wissenschaftlicher Bibliotheken noch gestärkt. Freilich musste der bisherige Direktor Pierre Frieden seinen Posten zugunsten des Direktors der Stadtbibliothek Trier, Alexander Röder, räumen (Claude D. Conter).

In Ortschaften mit mehr als 400 Einwohnern wurden mit dem Ziel der Germanisierung Volksbüchereien mit einem Grundstock von 270 Bänden eingerichtet. Sie bestanden meistens aus einem Bücherschrank in der Schule, wo die Lehrer zugleich als ehrenamtliche Büchereileiter fungieren konnten. Zentrale Beratungs-

Die Tränen der gelehrten Männer

Aus Spanien gerettete Bücher wurden in Thessaloniki geraubt, um in Frankfurt studiert zu werden: Der Ertrag einer Tagung in Luxemburg über die nationalsozialistische Bibliothekspolitik im besetzten Europa.

stellen besorgten die Auswahl der Bücher, das alles entsprach den reichsweit geltenden Richtlinien. Während die Nationalsozialisten die Schließung der Borromäus- und Volksbildungsvereinsbibliotheken in Luxemburg verfügten, gründeten sie mehr als hundert Dorf- und Gemeindebibliotheken neu. In drei Städten entstanden größere Volksbibliotheken (Jean-Marie Reding). Ähnlich wie Luxemburg sollte auch das Protektorat Böhmen und Mähren mit der Hauptstadt Prag zu einem Inland besonderer Art werden. Deutsche Bibliothekare wie Josef Becker und Carl Wehmer wurden an die Landes- und Universitätsbibliothek Prag geholt. Tschechische Bürger hatten keinen Zutritt mehr zur Bibliothek. Gleichzeitig wurden die deutschen Bestände ausgebaut (Jürgen Warmbrunn).

Generell hing die Bibliothekspraxis von der Einstellung der Nationalsozialisten zu Kultur und Sprache des jeweils besetzten Landes ab. War die Beurteilung negativ, drohte den Bibliotheksbeständen, dass sie in großem Stil ausgeraubt oder gar vernichtet wurden. So waren die polnischen Bibliotheken stark von Plünderungen betroffen. Im Generalgouvernement Polen arbeitete ein Team von Archäologen im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes unter der Leitung von Peter Paulsen, Professor an der Universität Berlin. Obwohl die ursprüngliche Aufgabe des Kommandos Paulsen darin bestand, archäologische Stätten zu sichern und prähistorische Gegenstände zu beschlagnahmen, wurde seinen Mitgliedern schon im Oktober 1939 die Aufgabe übertragen, alle Kulturgüter

in Polen zu beschlagnahmen, die irgendeinen Wert für die germanische oder deutsche Geschichte hätten. Diese Einheit war unter anderem für die Entfernung des Hochaltars von Veit Stoß aus der Marienkirche in Krakau verantwortlich, aber eben auch für den Raub von insgesamt 160.000 wertvollen Büchern. Die Bücher wurden nach Berlin verbracht, wo sich ihre Spuren im Laufe der Jahre verloren. Heute tauchen immer einmal einzelne Bände in Privatsammlungen und in öffentlichen Bibliotheken auf, zum Beispiel in Yale. Die wertvollsten Sondersammlungen der Polnischen Nationalbibliothek (Alte Drucke, Handschriften, Musikalien, Grafik und Karten) wurden nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Oktober 1944 von einem deutschen Kommando in Brand gesteckt, ein beispielloser Akt der Vernichtung polnischer Kulturüberlieferung (Jacek Korel).

In allen besetzten Ländern spielte der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg als Rauborganisation für Kulturgüter eine unrühmliche Rolle. Während die Deutschen die französischen Bibliotheken weitgehend der Kontrolle des Vichy-Regimes überließen, wurden zwischen September 1940 und August 1944 die Privatbibliotheken von Juden, Regimegegnern, Freimaurerlogen systematisch geplündert. Eine Datenbank verzeichnet 2342 Personen und 312 Institutionen, die Opfer des Bücherraubs wurden. Martine Poulain schätzt, dass bis heute nur 20 Prozent der Bestände restituiert sind. Auch in Belgien griff der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg zu: Die Bibliothek der Jesuiten in Enghien und der École des Hautes Études in Gent wurden nach Deutschland verbracht (Michel Fincoeur).

In Griechenland blieb das Ergebnis des Einsatzstabes mengenmäßig hinter den Beschlagnahmungen in Frankreich und den Beneluxländern zurück. Die Akteure des Kommandos in Thessaloniki, wo die älteste und größte jüdische Gemeinde Griechenlands bestand, rechtfertigten sich daher mit der „Qualität“ ihrer Beute. Im Eichmann-Prozess 1961 schildert der Zeuge Itzchak Nehama, wie eines Tages alle heiligen Bücher der Synagoge auf drei Lastwagen verladen wurden, Bücher aus der Zeit, bevor die Juden Spanien verließen. „Unsere Rabbiner weinten so sehr, als sie diese Bücher mitnahmen, ich erinnere mich bis heute daran. Ich erinnere mich an die Tränen dieser gelehrten Männer, die sagten: Nichts ist für uns so wichtig wie diese Bücher.“ Die Bücherbestände waren für die Bibliothek des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt vorgesehen (Dimitrios Varvaritis).

Die Bibliotheken in Griechenland erfuhren durchaus Respekt, obwohl einige von ihnen, etwa die öffentliche historische Zentralbibliothek von Korfu, am 13. September 1943 durch deutsche Bomben zerstört wurden (Eva Semertzaki, Giorgos Glossiotis). Ähnlich glimpflich erging es den Bibliotheken in den baltischen Staaten, wo die deutsche Herrschaft vom Sommer 1941 an im Vergleich zur vorangegangenen sowjetischen Besatzung von der Bevölkerung – sofern sie nicht jüdischer Herkunft war – als relativ milde empfunden wurde (Jana Dreimane, Piret Lotman). Hier erstreckten sich die Maßregeln vorwiegend auf das „unerwünschte Schrifttum“.

Wie jüdische Mitarbeiter in öffentlichen Bibliotheken der Niederlande lautlos verschwanden, hat Mark Deckers untersucht.

Die acht entlassenen Frauen und drei Männer, die er ermitteln konnte, verloren wegen der Kooperation lokaler Behörden schon Ende 1940 ihre Posten. Zunächst waren sie nur vom Dienst suspendiert und erhielten einen Teil ihres Gehaltes fortgezahlt. 1942 und 1943 begannen die Deportationen, die fünf der elf nicht überlebten.

Es überrascht, dass das unerwünschte Schrifttum in den besetzten Ländern jeweils unterschiedlich definiert wurde. Die „Ausmerzung“ der jüdischen Literatur stand überall ganz oben auf der Agenda. Auch sozialistisches, kommunistisches und antinationalsozialistisches Schrifttum wurde nicht toleriert. Aber „sittlich nicht einwandfreie“ Bücher wurden nicht überall gebannt, genauso wenig wie solche über Freimaurertum, Hypnose und Okkultismus. In Lettland galt auch englische, französische und amerikanische Literatur seit 1933 – mit Ausnahme der Klassiker – als „unerwünscht“. Die Bibliotheken mussten solche Literatur in der Regel an zentrale Sammelstellen abliefern, wo sie unter Verschluss genommen wurde. Eine vergleichende Auswertung der länderspezifischen Listen könnte zu weiteren interessanten Erkenntnissen führen.

Die NS-Bibliothekspolitik führte in den besetzten Ländern nicht dazu, dass Neuerungen stets auf gleiche Weise umgesetzt wurden. Dieser Mangel an Konsistenz ist aus vielen Bereichen der nationalsozialistischen Herrschaft bekannt. Das ändert nichts daran, dass die Bibliotheken in den besetzten Ländern nicht bloß Vermittler von „deutschem Geistesgut“ waren, sondern, wie von der Politik gewünscht, Agenturen mit hoher politischer Bedeutung. MICHAEL KNOCH